



Amtsgericht Duisburg

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Dienstag, 31.03.2026, 10:30 Uhr,

2. Etage, Sitzungssaal C215, Kardinal-Galen-Straße 124-132, 47058 Duisburg

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Meiderich, Blatt 390,

BV lfd. Nr. 2

Gemarkung Meiderich, Flur 11, Flurstück 307, Hof- und Gebäudefläche,
Diedenhofener Str. 15, Größe: 167 m²

versteigert werden.

Es handelt sich um ein ca. 1927 erbautes, unterkellertes Zweifamilienhaus in 47137 Duisburg-Untermeiderich. Der Dachgeschossausbau konnte nicht abschließend geklärt werden. Laut Bauakte sind die Flächen ausgebaut, aber nicht genehmigt, da der 2. Rettungsweg fehlt. Die Grundstücksgröße beträgt 167 qm.

Das Gebäude umfasst ansonsten im EG und OG zwei Wohnungen, die augenscheinlich leer stehen. Die Wohnfläche beträgt insgesamt ca. 104 qm (EG ca. 50 qm, OG ca. 54 qm zzgl. der lt. Bauakte nicht genehmigten, ausgebauten Fläche im DG).

Das Objekt vermittelte im Rahmen der straßenseitigen Inaugenscheinnahme einen mäßig gepflegten Gesamteindruck. Eine Innenbesichtigung war nicht möglich.

Kein konkreter Altlastenverdacht.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 08.11.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

175.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.